

8. November 2013

PRESSEMITTEILUNG

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DER EZB UND DES IWF ZUR ABSCHLIESSENDEN GEMEINSAMEN ÜBERPRÜFUNG IRLANDS

Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen vom 29. Oktober bis zum 7. November 2013 in Dublin zur zwölften und abschließenden Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms der irischen Regierung zusammen. Das Anpassungsprogramm Irlands verläuft vor dem Hintergrund der einsetzenden Konjunkturerholung weiterhin planmäßig. In den Gesprächen mit den irischen Behörden ging es in erster Linie um den Programmabschluss und die noch verbleibenden Herausforderungen.

Im Gefolge der schwersten Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte leitete Irland umfassende Reformen ein und wurde dabei seit Dezember 2010 durch ein EU/IWF-Programm unterstützt. Das Programm, das in den kommenden Monaten auslaufen wird, wurde konsequent umgesetzt.

Die irische Wirtschaft verzeichnet seit dem Jahr 2011 Wachstumsraten, die über dem Durchschnitt des Eurogebiets liegen. Nach der im früheren Jahresverlauf 2013 gezeigten Schwäche hellen sich die Wachstumsaussichten für das Land wieder auf; Verbesserungen sind bei der Warenausfuhr, im Einzelhandel, bei den Immobilienpreisen und dem Verbrauchervertrauen festzustellen. Die sinkende Arbeitslosigkeit und positivere Ergebnisse von Branchenumfragen lassen darauf schließen, dass sich die in der ersten Jahreshälfte zu beobachtende Schaffung von Arbeitsplätzen fortsetzt, was ein entscheidendes Element zur Belebung der Binnennachfrage darstellt. Insgesamt ist jedoch zu erwarten, dass Irland 2013 ein niedriges Wachstum aufweisen wird. Für 2014 wird eine etwas höhere Wachstumsrate von rund 1,75 % prognostiziert, da sich auch die Wirtschaft der Handelspartner erholen sollte.

Die Ergebnisse des öffentlichen Haushalts entsprachen bis einschließlich Oktober den Programmvorgaben; allerdings muss die Ausgabenkontrolle, insbesondere im Gesundheitssektor, beibehalten werden, damit sichergestellt ist, dass das für 2013 angestrebte Ziel eines Haushaltsdefizits von 7,5 % des BIP problemlos erfüllt wird. Im Haushalt 2014 wird ein ausgeglichener Primärsaldo und ein Gesamtdefizit von 4,8 % des BIP angestrebt; dieser Wert ist ambitionierter als die im Rahmen des Defizitverfahrens festgesetzte Defizitobergrenze von 5,1 % des BIP. Um diese Ziele zu erreichen, muss

der in der Vergangenheit demonstrierte strikte Haushaltsvollzug fortgesetzt werden. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf hierbei die Realisierung der vorgeschlagenen Einsparungen im Bereich der Gesundheitsausgaben bei gleichzeitigem Schutz der Kernaufgaben. Eine Ausweitung der Einnahmenbasis, eine Reform des Gesundheitswesens und eine Ausrichtung sozialer Unterstützungsleistungen auf die Bedürftigsten würden dazu beitragen, die weitere notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen nachhaltig und wachstumsfreundlich zu gestalten.

Die Sanierung des Finanzsystems wird weiter vorangetrieben, wenngleich der Anteil notleidender Kredite immer noch hoch und die Kreditvergabe verhalten ist. Es bedarf einer dauerhaften Lösung des Problems der notleidenden Hypothekarkredite, um Unsicherheiten zu verringern, die einer wirtschaftlichen Erholung entgegenstehen. Die Einführung von Zielgrößen für die Restrukturierung notleidender Hypothekarkredite war hilfreich, aber die Banken müssen größere Anstrengungen unternehmen, um langfristige und nachhaltige Lösungen für Hypothekengläubiger in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten zu finden. In anderen Fällen von Zahlungsrückständen müssen die Schuldendienstzahlungen vollständig wiederhergestellt werden. Das beschleunigte Änderungsverfahren zur Kostensenkung bei Insolvenzverfahren von KMUs ist angesichts der wichtigen Rolle, die dieser Sektor bei der Schaffung von Arbeitsplätzen spielt, positiv zu werten. Die Analyse der Bankbilanzen macht Fortschritte und sollte vor Beendigung dieser Überprüfung abgeschlossen sein. Die wichtigsten irischen Banken werden im Rahmen der in Kürze stattfindenden umfassenden euroraumweiten Prüfung einer Risikobewertung, einer Überprüfung der Aktiva-Qualität sowie Stresstests unterzogen.

Die Arbeitslosigkeit geht allmählich zurück, ist aber nach wie vor sehr hoch. Die jüngsten Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsanreize sind ebenso wie die Pläne zur Bereitstellung privater Personaldienstleistungen zu begrüßen. Eine zusätzliche Umschichtung von Ressourcen ist notwendig, um zu gewährleisten, dass ein konstruktiver Austausch mit den Arbeitssuchenden (insbesondere den Langzeitarbeitslosen) stattfindet, und um arbeitsmarktbezogene Schulungsmaßnahmen bereitzustellen.

Die Beratungen über die noch verbleibenden Herausforderungen und mögliche Gegenmaßnahmen nach Auslaufen des EU/IWF-Programms wurden fortgesetzt. Durch die energische Umsetzung der Maßnahmen seitens der irischen Behörden sowie der auf europäischer Ebene getroffenen Beschlüsse haben sich die Finanzierungsbedingungen trotz noch bestehender Herausforderungen auf nationaler Ebene und außenwirtschaftlicher Unsicherheiten verbessert.

Ziel des von der Europäischen Union und dem IWF unterstützten Programms für Irland ist es, Schwächen im Finanzsektor zu beheben, die irische Volkswirtschaft auf den Weg hin zu nachhaltigem Wachstum, soliden Staatsfinanzen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu bringen und wieder Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu erlangen, gleichzeitig aber den Schutz der Armen und sozial Schwächsten sicherzustellen. Das Programm umfasst Kredite der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in Höhe von 45 Mrd € sowie eine Erweiterte Fondsfazilität des IWF im Umfang von 22,5 Mrd €. Mit dem Abschluss dieser gemeinsamen Überprüfung, die der Zustimmung durch EU und IWF bedarf, wäre der Weg für die Auszahlung von 0,8 Mrd €

durch den EFSM und 0,6 Mrd € durch den IWF frei. Damit wären die Auszahlungen im Rahmen des internationalen Hilfsprogramms abgeschlossen.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.